



Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 09.01.2024

Klausurtagung der Grünen

Interview mit Omid Nouripour, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Stefan Heinlein: Wer sich in Klausur begibt, sucht die Abgeschiedenheit, um in aller Stille nachzudenken, sich zu sortieren und Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Der Jahreswechsel ist ein guter Zeitpunkt für eine Klausur, auch für Politik und Parteien. Die CSU zieht sich zurück in ein Kloster, die FDP bevorzugt die prunkvolle Bühne des Stuttgarter Opernhauses und die Grünen mögen die kurzen Wege und versammeln sich seit Beginn der Woche in Berlin zu einer Klausurtagung des Bundesvorstandes. Gelegenheit zur Einkehr und Besinnung nach dem Ampel-Zoff der vergangenen Wochen und aus der Klausur für uns heute Morgen am Telefon der grüne Co-Vorsitzende Omid Nouripour. Guten Morgen nach Berlin.

Omid Nouripour: Schönen guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Es geht um eine Politik, die entschieden handelt und dabei die Menschen mitnimmt und ermutigt – so Ihre Ansage im Vorfeld der Klausur. Warum haben Sie bislang mit Ihrer Ampel-Politik die Menschen entmutigt und nicht mitgenommen?

Nouripour: Wir haben es im ersten Jahr, wie ich finde, sehr gut geschafft. Gerade in Zeiten immenser Unklarheit und Unsicherheit nach Beginn des Krieges in der Ukraine, als die Energieversorgung auf der Kippe stand, als die Leute nicht wussten, wie es weitergeht, hat diese Regierung – und ich glaube, meine Partei hat dazu einiges auch beigetragen – maßgeblich dafür gesorgt, dass die Energieversorgung steht, dass die Wirtschaft nicht kollabiert ist, und wir haben Halt gegeben. Ich muss zugeben, das letzte halbe Jahr vor allem im Jahr '23 haben wir als Koalition nicht besonders viel geschafft, und alle kennen eigentlich die Gründe und alle wissen, dass es niemandem hilft, allem voran dem Land nicht. Deshalb sind wir alle aufgerufen und werden auf der Strecke jetzt zeigen und zeigen müssen, dass wir es auch besser können, weil wir es ja auch schon mal erlebt haben miteinander, dass wir es besser können.

Heinlein: Sie haben es noch kerniger zuletzt formuliert vor den Feiertagen. Da haben Sie den öffentlichen Umgang der Ampel-Parteien miteinander mit einer Kneipenschlägerei verglichen. Welche Narben sind denn zurückgeblieben von dieser politischen Kneipenschlägerei?

Nouripour: Na ja, die gab es nicht in echt, weder physisch noch übertragen. Aber es sah zuweilen so aus. Es sah zuweilen aus, als wäre alles zerstritten, und gerade in unsicheren Zeiten wollen die Leute genau das nicht sehen. Diese Einsicht haben alle und ehrlich gesagt, die Beteuerungen, dass wir das jetzt nicht mehr so leben werden, die haben auch alle längst abgegeben, und jetzt werden wir es beweisen müssen im Tun. Es bringt nichts, das die ganze Zeit zu beschwören.

Aber ich kann nur wiederholen: Diese Koalition hat viel hinbekommen miteinander. Wir haben einen gigantischen Modernisierungstau vorgefunden. Wir haben einen Krieg in der Ukraine vor die Nase gesetzt bekommen, der sehr viel Leid mit sich bringt, vor allem für die Leute in der Ukraine, aber auch große Kosten und Schwierigkeiten für unser Land und unsere Volkswirtschaft mit sich gebracht hat. Ich glaube, dass wir zeigen können und darauf auch hinwirken können, dass wir das alles in den Griff bekommen. Wir haben viel erreicht und haben noch einiges zu tun. Es gilt jetzt, dass wir eine Anmutung haben miteinander, die deutlich mehr Halt gibt.

Heinlein: Die Kneipenschlägerei, symbolisch zumindest, gab es vor allem mit den Liberalen, mit der FDP. Wie haben Sie die Tonlage auf dem Dreikönigstreffen der FDP wahrgenommen? Es ist noch gar nicht so lange her, da hat Generalsekretär Djir-Sarai Sie, Ihre Partei als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet.

Nouripour: Es sind ja immer drei am Tisch und dementsprechend ist das ein bisschen weder zielführend, noch gerecht und richtig, wenn man immer nur in die eine Ecke oder in die andere Ecke zeigt. Gleichzeitig ist auch verwunderlich gewesen, nicht nur für mich, dass hinter der Bühne es deutlich konstruktiver und weniger laut war als auf der Bühne zuweilen. Das haben wir jetzt miteinander in der Hand, das zu ändern, und die FDP hat, finde ich, sehr gut vorgelegt und wir haben nachzuziehen. Der Ton, die Sie gerade beschreiben, ist genau derjenige, den Christian Lindner vor allem auch selbst gesetzt hat, ist derjenige, der diese Koalition nach vorne bringt.

Heinlein: Die FDP hat auch abgestimmt, die FDP-Mitglieder in einem Parteireferendum, und ganz, ganz knapp für eine Fortsetzung der Ampel votiert. Wie ist denn die Stimmungslage in Ihrer Partei? Wie groß wäre eine Mehrheit für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der FDP, mit Christian Lindner?

Nouripour: Sie haben ja wenige Wochen vorher, Ende November, einen Bundesparteitag gehabt, wo dieses Thema eigentlich nicht wirklich eine große Rolle gespielt hat. Es gibt natürlich auch Punkte, die meinen Mitgliedern nicht gefallen. Es gibt Kompromisse, die unterschiedlich bewertet werden. Aber die Grundstimmung in meiner Partei ist sehr deutlich, dass wir glauben, das Land voranzubringen, dass wir sehen, dass wir Erfolge haben beim Klimaschutz, bei der Energiewende, dass wir Erfolge haben, Wohlstand in diesem Land zu sichern mit Robert Habeck, dass wir eine Außenministerin haben, die sich da reinschmeißt, gerade jetzt in einer sehr großen Eskalationsgefahr im Nahen Osten, damit diese Eskalation nicht erfolgt. Unter dem Strich bei allen Differenzen, die wir traditionell miteinander haben, und bei allen Diskussionen, die es gibt in dieser Partei, sind die Leute in meiner Wahrnehmung stolz darauf, was unsere Regierungsmitglieder die letzten zwei Jahre geleistet haben.

Heinlein: Sind Ihre Mitglieder, ist Ihre Partei aktuell auch stolz auf Ihre Außenministerin, denn sie hat ganz überraschend in Israel die Lieferung von Eurofightern an Saudi-Arabien gelobt und gesagt, ja, das können wir machen? Der Kanzler ist ebenfalls dafür. Ihre Co-Vorsitzende Ricarda Lang dagegen hat gestern diese Entscheidung für falsch tituliert. Wie wollen Sie diesen Widerspruch auflösen? Was haben Sie sich dazu auf Ihrer Klausur überlegt?

Nouripour: Zunächst einmal haben wir eine Situation, bei der es um Bieterverfahren geht, und es ist ganz kompliziert und, ehrlich gesagt, europapolitisch auch, sagen wir mal, merkwürdig, wenn man einem anderen Land, in dem Produkte gebaut werden, sagt, ihr dürft nicht mal mitbieten. Das ist das erste.

Das zweite ist: Unsere Position zu den Rüstungsexporten ist, glaube ich, hinlänglich bekannt, gerade auch in Staaten wie Saudi-Arabien. Wir haben eine sehr klare Position und Beschlusslage in dieser Angelegenheit.

Der dritte Punkt ist, dass wir auch sehen, dass im Nahen Osten nach dem 7. Oktober, nach dem Beginn des Krieges der Hamas gegen Israel sich so manches verändert hat an der Sicherheitslage. Es wird gerade breit auch im Deutschen Bundestag beispielsweise diskutiert, ob die Bundeswehr mit Schiffen sich beteiligt an Missionen im Roten Meer.

Es ist, ehrlich gesagt, um Ihre Frage vollends zu beantworten, viel zu früh, weil wir ganz viele Dinge derzeit noch gar nicht auf dem Tisch haben, aber wir sehen, dass es eine grundsätzliche Dynamik gibt, und wir sehen gleichzeitig, dass es notwendig ist, sehr, sehr vorsichtig und restriktiv mit Rüstungsexporten umzugehen.

Heinlein: Nun sagen Sie, die Beschlusslage Ihrer Partei ist klar. Annalena Baerbock scheint das nicht zu interessieren. Oder kennt sie die Beschlusslage nicht?

Nouripour: Nein, mitnichten! Die Beschlusslage der Partei ist zuweilen auch zustande gekommen, da war sie Parteivorsitzende. Und natürlich ist es so, dass wir solche Beschlüsse zur internationalen Politik nicht treffen ohne Einbeziehung der Außenministerin. Natürlich kennt sie die Beschlusslage und ich sehe diesen großen Widerspruch, den Sie gerade beschreiben, ehrlich gesagt, nicht. Sie hat darauf hingewiesen, ich finde völlig zurecht, dass es eine veränderte Sicherheitslage im Nahen Osten gibt. Sie hat darauf hingewiesen, dass wir über ein Bieterverfahren sprechen, dass wir gerade in diesen Zeiten nicht einfach Staaten, die engste Verbündete sind auch von der EU, wie Großbritannien jetzt einfach schon beim Bieterverfahren ein Stoppschild aufstellen. Dementsprechend sehe ich da jetzt keine großen Turbulenzen. Wir werden jetzt auf der Strecke sehen, was hinten rauskommt. Aber Stand jetzt gibt es hier keine Entscheidung.

Heinlein: Herr Nouripour, ich habe irgendwie das Gefühl, Sie versuchen, sich da ein wenig rauszuwinden. Ganz klar: Sind Sie bei der Außenministerin, die sagt Ja zu Lieferungen von Eurofightern an Saudi-Arabien, oder bei Ihrer Co-Vorsitzenden Ricarda Lang, die sagt, Nein, das kann ich mir nicht vorstellen?

Nouripour: Ich kann nur wiederholen. Erstens: Ich bin Parteivorsitzender. Ich bin der Beschlusslage meiner Partei selbstverständlich verpflichtet. Die Beschlusslage meiner Partei ist eindeutig. Da steht, dass wir an Staaten wie Saudi-Arabien nicht liefern wollen. Gleichzeitig hat diese Partei immer davon gelebt, dass die Realität sich verändert und dementsprechend wir auch die Beschlusslage uns jedes Mal von neuem anschauen müssen. Die Situation im Nahen Osten ist zurzeit hoch dynamisch, hoch fragil, und möglicherweise, wenn es schlecht kommt, mit schlimmen Eskalationen versehen. Dementsprechend ist es gerade nicht geboten, jetzt mit massiven Parolen rauszugehen, wenn ich jetzt erst mal noch sehen will, wo die Reise hingeht und wo welche Entscheidungen genau auf den Tisch kommen. Heißt: Ich sehe diesen Widerspruch nicht, bin ich bei Frau Lang oder bei Frau Baerbock. Ich bin bei beiden und ich sehe auch nicht, dass die beiden gerade auseinanderfallen in der Wegrichtung.

Heinlein: Wurden Sie überrascht von der Lieferzusage von Annalena Baerbock?

Nouripour: Ich kann das nur wiederholen. Es ging jetzt darum, dass das Bieterverfahren jetzt eröffnet werden kann, wenn die Briten das zwingend wollen. Das ist keine Lieferzusage. Das ist das, was sie gesagt hat, und natürlich reden wir sehr viel alle miteinander und natürlich wussten wir im Vorfeld, dass eine solche Frage auf einer Pressekonferenz auch kommen kann.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.